

# Kreistag des Wartburgkreises

Kreistagsfraktion  
DIE LINKE.

Bad Salzungen, den 28.10.09

## Antrag

zur Kreistagssitzung am 18.11.2009

### Betreff:

**Der Kreistag Wartburgkreis fordert  
höhere Bundesbeteiligung an den Kosten  
für Unterkunft und Heizung (KdU) für  
ALG II -Beziehende**

Eingang: 28.10.2009

KT 59 - 4/09

TOP-Nr.: 14

(wird vom Kreistagsbüro ausgefüllt)

### I. Beschlussvorschlag:

#### Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreistag kritisiert die Entscheidung des Bundeskabinetts, das am 7. Oktober 2009 – auf seiner letzten Sitzung in der 16. Wahlperiode beschlossen hat, die Bundesbeteiligung an den KdU für ALG II-Bezieher von derzeit 26% auf bundesdurchschnittlich 23,6% abzusenken. Die Einnahmeausfälle führen damit in den Kommunen zu einer weiteren Aushöhlung der im Grundgesetz garantierten Selbstverwaltung.
2. Der Kreistag Wartburgkreis fordert die neue Bundesregierung stattdessen auf, die Berechnungsformel für den Anteil des Bundes an der Finanzierung der KdU unverzüglich zu ändern und zukünftig von den tatsächlichen Kostenentwicklungen auszugehen.
3. Der Kreistag Wartburgkreis appelliert an den Thüringer Landtag, der erneuten Absenkung des Bundesanteils an der Finanzierung der KdU im Bundesrat nicht zuzustimmen.
4. Der Landrat wird gebeten, sich in allen ihm zugänglichen Gremien für eine generelle Erhöhung des Bundesanteils der Finanzierung der KdU und eine neue Berechnungsformel einzusetzen,

die sich an der tatsächlichen Kostenentwicklung orientiert. Dem Kreistag ist über diese Aktivitäten regelmäßig Bericht zu erstatten.

## **II. Begründung:**

Die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft sollte in den Kommunen vor zusätzlichen Belastungen schützen und darüber hinaus für eine gesetzlich garantierte Entlastung der Kommunen von 2,5 Milliarden Euro jährlich sorgen. Im Jahr 2010 ist mit einem weiteren Anstieg bei den Unterkunftskosten für SGB-II –Empfängerinnen und Empfänger zu rechnen. Durch die Absenkung der Bundesbeteiligung und der zu erwartenden Zunahme der Ausgaben für Unterkunftskosten von 14 auf 16 Milliarden Euro ist eine Mehrbelastung von 2 Milliarden Euro in 2010 zu befürchten. Würde sich die Bundesbeteiligung nicht an der Zahl der Bedarfsgemeinschaften, sondern an den tatsächlichen Kosten orientieren, dürfte diese nicht abgesenkt, sondern müsste auf ca.38% erhöht werden (Zahlen vom Deutschen Städte und Gemeindebund).



---

(Fraktionsvorsitzender)